

Ein Land – eine Rente

35 (!) Jahre lang werden die Rentenpunkte für Ost und West unterschiedlich sein: Erst 2017 hat die Bundesregierung die Rentenangleichung bis zum Jahr 2025 beschlossen. Parallel dazu wird allerdings auch die »Umrechnung« von Löhnen und Gehältern im Osten abgeschafft. Damit wird die versprochene Einheit erneut zur Kürzung. Denn solange die Lohnlücke von durchschnittlich 20 Prozent klafft, bleibt der Osten abgehängt. Unter den Menschen, die in zwanzig Jahren in die Rente gehen, wird das Armutsrisiko im Osten doppelt so hoch sein wie im Westen. Nicht nur der Abstand beim Gehalt, auch Arbeitslosigkeit und jahrelanger Niedriglohn bedeuten später kleine Renten. Etwa ein Drittel (!) der Vollzeitbeschäftigten Ost arbeitete 2019 im Niedriglohnbereich, im Westen über 16 Prozent.

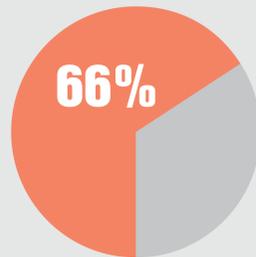
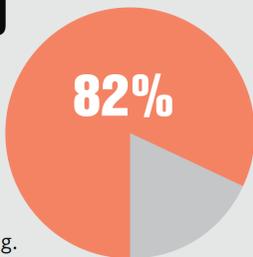
Lebensleistung Ost anerkennen

Viele Menschen im Osten wissen gar nicht, dass das Rentenüberleitungsgesetz von 1991 auch Einfluss auf ihre Altersbezüge haben wird. Wer zum Mauerfall 30 Jahre alt war, muss auch dann noch mit Benachteiligungen rechnen, wenn er selbst 2027 in Rente gehen wird. Bei der Überleitung ins bundesdeutsche Recht kam es zu

Anerkennung

»Die Anerkennung der Lebensleistung ist wichtig für die weitere Entwicklung der Einheit.«

Rund 82 Prozent der Ostdeutschen wollen eine Anerkennung.



»Ostdeutsche werden häufig in der Bundesrepublik wie Menschen zweiter Klasse behandelt.«

66 Prozent der Ostdeutschen fühlen sich als Bürger zweiter Klasse.

Quelle: Abschlussbericht der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Einheit«, 2020.

Lücken oder gar Streichungen. Auch in der aktuellen Wahlperiode haben wir deshalb Änderungen des Rentenrechtes im Bundestag beantragt: zum Beispiel für die in der DDR geschiedenen Frauen oder für die Berücksichtigung von Jahresendprämien.

Mehr in der Broschüre der Linksfraktion: »Gerechte Rente in Ostdeutschland« und in den Anträgen »30 Jahre DDR-Rentenüberleitung - Ansprüche anerkennen«, Drucksache 19/28432 und »Renteneinheit sofort herstellen - Umrechnung bis 2030 beibehalten«, Drucksache 19/29750

Die Treuhand – folgenreich bis heute

Das Wirken der Treuhand hat nicht nur bis in die Gegenwart reichende Folgen, es war ebenso von politischen und wirtschaftlichen Skandalen begleitet. In Bischofferode etwa wurden wertvolle Salze im Wert von Millionen vernichtet. Damit entledigte sich die Kali-Industrie West der Konkurrenz aus Thüringen. Während die Ostdeutschen ihre Warte-Nummern beim Arbeitsamt zogen, gaben sich westdeutsche und ausländische Unternehmer bei der Treuhandanstalt die Klinke in die Hand. Man konnte reich werden im Osten, wenn man aus dem Westen kam.

Mehr im Antrag der Linksfraktion: »Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Treuhandanstalt«, Drucksache 19/9793

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte
Druck/Layout: Fraktionservice

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

210520

Einheit vollenden – Ostdeutsche Interessen durchsetzen

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Gerechte Rente
in Ostdeutschland

DIE LINKE



Liebe Leserin,
lieber Leser,

Es hakt noch immer – beim Zusammenwachsen von Ost und West. Schaut man auf Unterschiede bei Lohn und Rente, bei Armut oder Abwanderung – die alte Grenze tritt auf den Karten immer noch hervor. Viele Ostdeutsche wünschen sich, auch auf andere Weise sichtbar zu sein. Mit dem, was sie erarbeitet und geleistet haben, sowohl in der vergangenen DDR als auch in den über dreißig Jahren danach.

Im Bundestag in Berlin merkt man, die Stimmen aus dem Osten sind die Minderheit. Allein in Nordrhein-Westfalen leben mehr Menschen als in allen ostdeutschen Bundesländern zusammen. Deshalb gilt für uns: Die Linksfraktion kämpft für den Osten. Denn wir machen soziale Politik für alle und mit besonderem Augenmerk dort, wo sie am nötigsten ist.

Matthias Höhn,
Beauftragter für Ostdeutschland der
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

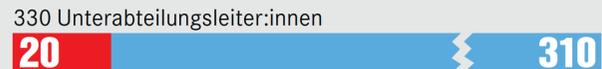
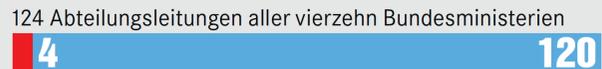
Mehr Posten für den Osten

Auch drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall gibt es kaum Ostdeutsche an der Spitze von Justiz, Wirtschaft oder Hochschulen. In der DDR geborene Minister, Behördenleiter, Sparkassenvorstände oder Verlagsleiterinnen muss man mit der Lupe suchen, in Ost und West. Besonders absurd ist dies in den ostdeutschen Bundesländern selbst. Was als politischer Eliten-Austausch begründet war, ist zur Jobmaschine für Westdeutsche geworden. Wer aus dem Westen in den Osten kam, verdient bis heute besser als der Durchschnitt in Ostdeutschland. Und hat mehr zu sagen. Mit dem Achselzucken darüber ist es vorbei. Immer mehr fordern: Mehr Posten für den Osten! Führungspositionen müssen Spiegelbild einer Gesellschaft sein, sonst verletzen sie den demokratischen Grundsatz der Gleichwertigkeit aller. Das bedeutet mehr Frauen, mehr Ostdeutsche, mehr Migrantinnen und Migranten in die Führungssetagen bundesweit!

Mehr im Antrag der Linksfraktion:
»Ostquote in Bundesbehörden durchsetzen – Grundgesetz achten«, Drucksache 19/8013

Ostdeutsche Herkunft bleibt Mangel

Kein Zuwachs beim Spitzenpersonal in den Bundesministerien

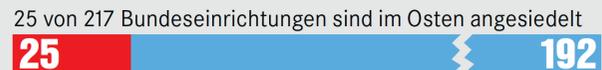


Quelle: Antworten der Bundesregierung auf Schriftliche Fragen von Matthias Höhn, MdB, Beauftragter für Ostdeutschland der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 19. Legislaturperiode

Bundesbehörden – Leitungen

7 Null von sieben Ostdeutschen sind in den Bundesbehörden in Ostdeutschland

63 Bundesbehörden in Westdeutschland



Lohnlücke besteht weiter: Im Osten wird deutlich weniger verdient

Medianlohn im Osten 20 % niedriger als im Westen. Ostdeutsche verdienen **700 Euro weniger** im Monat als Westdeutsche. (2019).

Niedersachsen
€ 3.261

Ostdeutschland
€ 2.827

Sachsen-Anhalt
€ 2.702

Deutschland gesamt
€ 3.401

Sachsen
€ 2.695

Westdeutschland
€ 3.526

Bayern
€ 3.549

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Anfrage Matthias Höhn, März 2021

Lohnlücke schließen!

Nach der Privatisierung der DDR-Wirtschaft war die Industriestruktur in Ostdeutschland völlig zerschlagen. Auch bei ehemals großen Namen – wie WARNOW-WERFT, SKET, LEUNA – arbeiteten nur noch wenige Hundert Menschen. Statt Niedriglöhne zu verhindern, warben die Landesregierungen damit um Investoren. Herausgekommen sind Konzern-Nebenstellen, die die Ost-West-Unterschiede ausbeuten, aber nicht beheben. Noch immer gibt es verschiedene Tarifabschlüsse für West und Ost, wenn überhaupt Tarifbindung besteht. Ostdeutsche pendeln häufiger, arbeiten länger und verdienen weniger. Im Vergleich der mittleren Bruttoentgelte in Ost- und in Westdeutschland lagen 700 Euro mehr (2019) in der Lohntüte West. Jeden Monat. Viel Geld, das den ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen fehlt. Und fehlen wird bei der Rente.

Mehr im Antrag der Linksfraktion:
»Sonderarbeitsmarkt Ost überwinden – Gute Arbeit in allen Regionen ermöglichen«, Drucksache 19/28771